

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP): Lokale Agenda 21 – da international erfolglos, ist das Projekt auch in Bern einzustellen!

Die Lokale Agenda 21 steht für Tätigkeiten, die gesundes Leben unter fairen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen fördern. Der Gemeinderat will dazu beitragen, dass bei unterschiedlichen Interessenlagen die „positiven Kräfte(?)“ gebündelt werden. Dabei werden auch Beiträge an innovative Projekte als Starthilfen ausgerichtet. Die Organisation der LA 21 besteht aus dem Gemeinderat, der über unterstützungswürdige Projekte entscheidet, aus einem Beirat aus Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie, der Visionen entwickelt und „voraus denkt“, einer vom Gemeinderat eingesetzten Programmleitung sowie einem Büro. Für eine mittelgrosse Gemeinde wie Bern wird hiermit ein beachtlicher Aufwand betrieben, um LA 21 taugliche Projekte zu fördern. Dabei ist davon auszugehen, dass in erster Linie Projekte gefördert werden, die den Vorstellungen der RGM Mehrheit entsprechen.

Zur Illustration seien drei Gewinner-Projekte herausgegriffen:

- Velo-love- gib dem Velo Vortritt (Fr. 10 000.00), Der Bundesplatz blüht (Fr. 5 000.00), Pilotschule für faire Schulselektion für MigrantInnen (Fr. 10 000.00). Weiter wurden auch noch Ideen ausgezeichnet (z.B. Stadthumus [Fr. 500.00], Water-Trainer [Fr. 1 000.00] etc.).

Ansonsten – insbesondere für die Organisation der LA 21 – bedarf es öffentlicher Gelder. Da es sich einzig um ein Projekt handelt, das im Grunde genommen dem Zweck der geltenden Umweltschutzgesetzgebung entspricht und diese von sämtlichen Behörden wie Privaten beachtet werden muss, bedarf es keines zusätzlichen Projektes in der Stadt Bern, das teuer und international längstens gescheitert ist.

Aus diesem Grunde wird der Gemeinderat aufgefordert, die LA 21 einzustellen und allenfalls im Rahmen der vorhandenen Verwaltungsstrukturen solche Projekte zu berücksichtigen.

Bern, 19. Mai 2005

Motion Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, SVP), Margrit Thomet, Erich Ryter, Erich J. Hess, Peter Bühler, Beat Schori, Simon Glauser, Ueli Jaisli

Antwort des Gemeinderats

- *Die Agenda 21*

Am UNO-Gipfel 1992 in Rio de Janeiro haben 181 Länder die Agenda 21 unterzeichnet. Sie enthält eine Liste der weltweit dringendsten Umweltprobleme und schlägt adäquate Lösungen vor. In der Agenda 21 geht es im Wesentlichen darum, auch für kommende Generationen eine lebenswerte Welt zu erhalten und daher mit allen Ressourcen so schonend wie möglich umzugehen, so dass für künftige Generationen noch etwas übrig bleibt.

Eine Folge des UNO-Gipfels in Rio de Janeiro ist das sogenannte Kyoto Protokoll. Hier sollen sich die Industrienationen verpflichten, ihren CO₂-Ausstoss zu senken, das heisst ihren Ver-

brauch an fossilen Energieträgern zu reduzieren. Die Schweiz hat deshalb das CO₂-Gesetz erlassen mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoss im Vergleich zu 1990 um 10 % zu senken.

Auch die Europäische Union will ähnliche Ziele erreichen. Zwar lehnen einige Regierungen wichtiger Länder das Protokoll ab, aber selbst in den USA gibt es einzelne Staaten, zum Beispiel Kalifornien, die für zukünftige Autos drastische Treibstoffverbrauchsreduktionen fordern. Nach wie vor gibt es viele internationale Aktivitäten. Da ist einmal der UNO-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahre 2002 zu erwähnen. Diese Konferenz hatte zum Ziel, eine Bilanz der Beschlüsse der Konferenz von Rio de Janeiro und der Umsetzung der Agenda 21 zu ziehen. Dazu hält ein bundesrätlicher Bericht fest, dass die Umsetzung in der Schweiz mehrheitlich nach Plan verläuft, allerdings drängen sich in einzelnen Handlungsfeldern zusätzliche Anstrengungen auf.

Auch in Europa gehen die Anstrengungen zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung weiter: An der 4. Europäischen Konferenz zukunftsbeständiger Städte im Jahre 2004 wurden die sogenannten „Aalborg commitments“ verabschiedet. Darin wird das weitere Vorgehen nochmals besser konkretisiert. Über 100 europäische Städte und Regionen haben bisher dieses Dokument unterzeichnet und unterstreichen so ihr Engagement für eine nachhaltige Entwicklung.

- *Die Lokale Agenda 21*

In der Lokalen Agenda 21 (LA 21) ist auch festgehalten, dass viele der aufgeführten Probleme am besten auf lokaler Ebene gelöst werden. Deshalb kommt den Lokalbehörden bei der Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle zu. Sie sollen eine „Lokale Agenda 21“ ausarbeiten mit Massnahmen und Projekten, die zu einer nachhaltigen Entwicklung der Regionen, Städte und Gemeinden führen. Dieser Aufforderung hat der Gemeinderat Rechnung getragen, indem er schon in den Legislaturrichtlinien 2001 bis 2004 die nachhaltige Entwicklung der Stadt zur Leitidee des städtischen Wirkens gemacht hat.

Der Gedanke der Nachhaltigkeit ist ebenfalls in der Präambel zur aktuellen Gemeindeordnung der Stadt Bern enthalten. Dort heisst es:

„In der Absicht, ein Gemeinwesen zu gestalten, in dem die Menschen solidarisch in einer gerechten Ordnung zusammenleben, im Bewusstsein der Verantwortung für die Bewahrung einer gesunden und lebenswerten Umwelt auch für die kommenden Generationen, im Willen, Freiheit und Recht zu schützen, den Menschenrechten und der Bundes- und Kantonsverfassung Nachachtung zu verschaffen, wird folgende Gemeindeordnung erlassen:“

Diese Absichtserklärung rechtfertigt nach Auffassung des Gemeinderats die Weiterführung der LA 21, welche die nachhaltige Entwicklung der Stadt in verschiedenen Bereichen unterstützt. Zudem hat der Gemeinderat in seinen Legislaturrichtlinien 2005 bis 2008 die nachhaltige Entwicklung der Stadt und die Stärkung ihres Potenzials als Bundesstadt als oberste Leitlinie festgeschrieben. Auch aus diesem Grunde will er das Projekt „Lokale Agenda 21“ weiterführen.

- *Auswahl der Projekte*

Zur Auswahl der Projekte, die der LA 21 entsprechen und daher gefördert werden, ist Folgendes anzumerken:

Projekte werden nur unterstützt, wenn sie nachhaltig sind. Die entsprechenden Kriterien sind auf dem Internet unter www.lokaleagenda21-bern.ch definiert. Die Projekte werden in der Regel nicht von der Verwaltung initiiert, sondern kommen von Organisationen und Einzelpersonen von aussen. Es ist sehr erwünscht, dass Projekte aus Wirtschaftskreisen eingereicht werden, denn auch diese können finanzielle Beiträge erhalten. Schon Stephan Schmidheiny hat in seinem Buch „Kurswechsel“ festgehalten, dass zur Erhaltung einer guten Lebensquali-

tät alle neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Wirtschaft und Gesellschaft notwendig sind. Projekte, die im Rahmen der LA 21 ausgeführt werden, können eine solche Art der Zusammenarbeit sein. Der im Jahr 2004 durchgeführte Wettbewerb war auch diesbezüglich ein Erfolg, stammte doch der grösste Teil der Sponsoren aus Wirtschaftskreisen.

- *Organisation der LA 21 in der Stadt Bern*

Das Büro LA 21 ist mit 50 Stellenprozenten besetzt. Die Stelleninhaberin begleitet die Projekte und achtet darauf, dass diese die notwendige Qualität gemäss Projektplan einhalten. Die Programmleitung berät grössere Projekte zuhanden des Gemeinderats und steuert die Aktivitäten der LA 21.

Der Beirat ist aus verwaltungsunabhängigen Persönlichkeiten zusammengesetzt. Er hat eine beratende Funktion zuhanden der Programmleitung. An 1 bis 2 Sitzungen pro Jahr werden wichtige Projekte und Ziele diskutiert.

Der Gemeinderat weist darauf hin, dass in der Schweiz gegenwärtig rund 140 Städte und Gemeinden an ihrer nachhaltigen Entwicklung arbeiten.

- *LA 21 und Schutz der Umwelt*

In der Motion wird erwähnt, dass es ein Umweltschutzrecht gebe, das von sämtlichen Behörden wie Privaten beachtet werden muss und es somit keiner LA 21, die teuer und international längstens gescheitert sei, in der Stadt Bern bedarf. Dazu ist festzuhalten, dass in der LA 21 keine Umweltschutzgesetzgebung vollzogen wird. Für deren Vollzug werden die ordentlichen polizeirechtlichen Vollzugsinstrumente angewandt.

Im Vordergrund der LA 21 steht die Idee, dass heutige menschliche Grundbedürfnisse befriedigt werden sollen - ohne dabei die Umwelt zu zerstören -, die alles zukünftige Leben erst möglich macht.

Ziel der LA 21 ist es, zusammen mit Einwohnerinnen und Einwohnern, Organisationen und Firmen auf freiwilliger Basis zukunftsgerichtete Projekte durchzuführen. Durch das persönliche Engagement wird eine vermehrte Einsicht in gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge erwartet.

Aus Umweltsicht und auch aus wirtschaftlicher Sicht steht dabei die Energieproblematik im Vordergrund. So ist beispielsweise der Verbrauch von fossilen Energieträgern wesentliche Ursache für die Luftverschmutzung. Hochgerechnet betragen die Ausgaben in der Stadt Bern für die Primärenergien Treibstoff, Erdöl, Erdgas und Uran rund 160 Mio. Franken pro Jahr. Geld, das grösstenteils ins Ausland fliesst und entsprechend wenig zur Wertschöpfung in der Schweiz beiträgt. Hier sollen auch zusammen mit der Wirtschaft Projekte realisiert werden, die zu effizienter Nutzung und zu Einsparung von Energie führen. Auch erneuerbare Energien sollen gefördert werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 16. November 2005

Der Gemeinderat